

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
14.06.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 8-10
Schriftführung
Katrín Klaes
Telefon-Nr.
02202-141220

Niederschrift

Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft
Sitzung am Mittwoch, 24.05.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr - 19:03 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe Niederschrift zu TOP Ö1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Geplante Übertragung der Trägerschaft der Berufsschulen auf den Rheinisch-Bergischen Kreis
0321/2023**
- 6 Abriss und Neubau einer Pausenhofüberdachung an der GGS Moitzfeld**

0291/2023

7 Sachstand Digitalisierung
0309/2023

8 Anmeldezahlen an Grundschulen und weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2023/2024
0307/2023

9 Maßnahmebeschluss zur Vergabe des Schülerspezialverkehrs für die Schuljahre 2023/2024 bis 2025/2026
0297/2023

10 Umwandlung der Städtischen Katholischen Grundschule An der Steinbreche in eine Gemeinschaftsgrundschule
0331/2023

11 Mitteilungen der Schulleitungen

12 Anträge der Fraktionen

13 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Steinmetzer eröffnet um 17:02 Uhr die 10. Sitzung des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft in der X. Wahlperiode. Sie stellt fest, dass der Ausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden sowie beschlussfähig sei.

Bei der Sitzung anwesend sind die Ausschussmitglieder

Robert Kraus (ab 17:16 Uhr)
Helga Kivilip
Josef Willnecker (bis 18:40 Uhr)
Brigitta Opiela
Fabrice Ambrosini
Ulrich Gürster
Dr. Anna Steinmetzer
Anke Außendorf
Anna Maria Scheerer
Collin Eschbach
Rainer Dettmar
Andreas Ebert
Monika Lindberg-Bargsten
Berit Winkels
Jürgen Niemann
Dorothee Wasmuth
Vitali Steinbrecher (für Christian Maimer)
Florian Lambertz
Felix Bertenrath (für Angelika Wollny)
Jörg Schmitter (für Ulrich Heimann)
Heike Bahr-Müller
Katharina Kaul (für Roswitha Lawrenz)

und von der Schulbau GmbH

Sebastian Rolko

sowie aus der Verwaltung

Thore Eggert
Dettlef Rockenberg
Alexandra Meuthen
Volker Weirich
Ariane Henning
Katrin Klaes.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Frau Dr. Steinmetzer die Einladung vom 04.05.2023 einschließlich der dazugehörigen Vorlagen sowie die nachträglich am 10.05.2023 versandte Vorlage Nr. 0321/2023 zum geplanten Trägerwechsel der Berufsschulen und die auf den Plätzen verteilte Tischvorlage Nr. 0331/2023 zur Umwandlung der KGS An der Steinbreche in eine Gemeinschaftsgrundschule.

Frau Dr. Steinmetzer schlägt vor, die Vorlage zur KGS An der Steinbreche als TOP Ö 10 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen. Darüber besteht Einvernehmen.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Da keine Einwendungen vorgetragen werden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

3. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Dr. Steinmetzer stellt sich als neue Ausschussvorsitzende vor und wünscht ein konstruktives Miteinander.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Eggert erläutert, in der Vorlage zum Schülerspezialverkehr (TOP Ö 9) müsse der letzte Absatz gestrichen werden. Auf Grund der Auftragssumme müsse eine europaweite Ausschreibung erfolgen.

Zur GGG Gronau berichtet er, man befinde sich in stetigem Austausch mit der Schulleitung. Die Realisierung der Vorschläge sei geprüft worden, und ausgesprochene Zusagen würden eingehalten werden. Es sei leider nicht kommuniziert worden, dass der ursprünglich avisierte Fertigstellungstermin nicht gehalten werden könne. In Kürze werde durch die Klimafreunde ein Hochbeet angelegt werden, da der Schulgarten sich als zu pflegeintensiv erwiesen habe. Die bestellten Bänke, Tafeln und Spielgeräte würden noch vor den Sommerferien geliefert werden können. Die Toiletten würden täglich nach Unterrichtsende gereinigt. Die Schul-IT habe bei ihrer Prüfung festgestellt, dass eine Ausleuchtung technisch teilweise möglich sei, und in Kürze sollten Mobilfunkrouter installiert werden, um einen provisorischen Zugang zum Internet zur Verfügung stellen zu können.

Die Baustellen der Sofortschulen befänden sich im Zeitplan. An der GGS Hebborn sei bereits mit dem Innenausbau begonnen worden. Die Planung und Baugenehmigung für die Ertüchtigung des Bolzplatzes sei in Vorbereitung bzw. bereits vorangeschritten. Noch in dieser Woche erfolgten Vergabegespräche bezüglich der Außenanlagen. Zur Stromversorgung habe mit der RheinEnergie eine gute Lösung gefunden werden können. Hinsichtlich der KGS In der Auen bestehe ein guter Kontakt zur Anwohnerschaft. Ein Pachtvertrag mit der katholischen Kirche über das dortige Kirchengrundstück werde derzeit erarbeitet. Der Spielplatz an der Schwerfelstraße befinde sich in der Planung. Insgesamt gehe man von einer rechtzeitigen Fertigstellung zum Schuljahresbeginn aus.

Zur Trinkwassersituation an der IGP führt er aus, das Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises sei Herrin des Verfahrens und müsse jede diesbezügliche Maßnahme freigeben. Hinsichtlich der Lehrküche habe man die Freigabe zur Nutzung bekommen, jedoch könnten die dortigen Handwaschbecken sowie die Entnahmestelle im Lehrerzimmer auf Grund einer zu hohen Belastung weiterhin nicht genutzt werden. Eine Sanierung des gesamten Trink- und Abwassersystems durch die Schulbau GmbH werde derzeit geprüft. Diese werde mit rund 2,5 Mio. € an konsumtiven Kosten zu Buche schlagen und sei zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs vermutlich unabdingbar. Bis dahin und während dieser Ertüchtigungsmaßnahme werde die in der letzten Sitzung beschlossene Containertoilettenanlage benötigt werden.

Frau Meuthen ergänzt, die E-Mail des Gesundheitsamts sei am heutigen Tage erst eingegangen und folglich die Informationen nicht vorenthalten worden. Zur Sanierung des Trink- und Abwassersystems werde zu gegebener Zeit eine Beschlussvorlage erarbeitet und dem Ausschuss vorgelegt werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

5. **Geplante Übertragung der Trägerschaft der Berufsschulen auf den Rheinisch-Bergischen Kreis**
0321/2023

Herr Rockenberg erläutert, eine Beschlussvorlage zur Übertragung der Trägerschaft werde im Herbst vorgelegt werden. Die heutige Vorlage sei zwischen dem Kreis und den beteiligten Kommunen abgestimmt worden. Der Kreis werde das Personal des Berufsschulverbands übernehmen, und es würden diesbezüglich in Kürze Gespräche stattfinden. Hinsichtlich der Gebäude werde der aktuell bestehende Mietvertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Berufsschulverband den Vertragsverhandlungen mit dem Kreis zugrunde gelegt werden. Die Finanzthematik gestalte sich unter anderem auf Grund der Fördersystematik recht komplex, und die Übertragung werde sich beispielsweise auf die Schulpauschale, die Schlüsselzuweisungen und weitere Zahlungsströme auswirken. Voraussichtlich würden die beteiligten Kommunen insgesamt keine höhere Belastung erfahren als in der heutigen Situation. Es seien nun noch einige Verwaltungsvereinbarungen zu erarbeiten, die unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung der politischen Gremien im Herbst stünden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. **Abriss und Neubau einer Pausenhofüberdachung an der GGS Moitzfeld**
0291/2023

Herr Ebert erkundigt sich nach dem Zusammenhang des Neubaus der Pausenhofüberdachung und der Überarbeitung der Schulhöfe mit den Kanalsanierungsmaßnahmen.

Frau Meuthen antwortet, es hätten zunächst mehrere kleine Projekte an der GGS Moitzfeld angestanden und diese seien letztlich in Absprache der beteiligten Abteilungen in einer Vorlage gebündelt worden.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Im Zuge stetig laufender Sanierungsarbeiten sind für die GGS Moitzfeld Kanalsanierungsmaßnahmen, der Neubau einer Pausenhofüberdachung und die Überarbeitung der Bestandsschulhöfe (Rotdornweg/ Diakonissenweg) vorgesehen. Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft nimmt die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen an der GGS Moitzfeld zur Kenntnis. Er beschließt die dringend erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen vorbehaltlich der Sicherstellung der (Teil-)Finanzierung im Doppelhaushalt 2024/2025 durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf 1.762.351,12 €.

7. **Sachstand Digitalisierung**
0309/2023

Herr Eschbach möchte wissen, wie es trotz der Überprüfung der Stromkapazitäten im Rahmen der Beschaffung der Lüftungsgeräte dazu habe kommen können, dass Mängel bei den elektrischen Anlagen jetzt erst festgestellt worden seien.

Frau Meuthen antwortet, im Rahmen der Digitalisierung seien weitaus mehr Aspekte zu berücksichtigen: neben der Stromlast für die digitalen Tafeln beispielsweise auch Serverräume und zusätzliche Verkabelung innerhalb der Gebäude.

Herr Weirich ergänzt, die Lüftungsgeräte seien primär in den Sporthallen installiert worden; in Klassenräumen befänden sich nur wenige Geräte.

Frau Kivilip vermutet, dass durch den Zustand der elektrischen Anlagen Fördermittel verfallen würden. Sie bittet um Prüfung einer anderweitigen Verwendung der Fördermittel.

Frau Meuthen erwidert, eine solche Prüfung verstehe sich von selbst und erfolge permanent. Es würden andere Schulen vorgezogen, wenn die Digitalisierung an einzelnen Schulen noch nicht durchführbar sei. Problematisch seien weniger die finanziellen Mittel als die zeitliche Komponente, da der Förderzeitraum begrenzt sei und für eine vollständige Digitalisierung nicht ausreiche.

Herr Eggert ergänzt, das Land habe erkannt, dass viele Kommunen sich in der gleichen Lage befänden wie die Stadt Bergisch Gladbach, und ein folgendes Förderprogramm als Fortsetzung des DigitalPakts in Aussicht gestellt. Zudem würden die Fördervoraussetzungen genau geprüft, um die Fördermittel weitestgehend ausschöpfen zu können – sei es für die passive oder die aktive IT-Infrastruktur oder für Endgeräte. Auf Landesebene nach wie vor ungeklärt seien Fragen hinsichtlich der Lehrerendgeräte, insbesondere zum Support und zum Ersatz beschädigter Geräte sowie zur Ausstattung neuer Lehrkräfte.

Frau Wasmuth bezeichnet die Vorlage als erschreckend für die Schulen sowie die Schüler, da ihnen in absehbarer Zeit keine flächendeckende Digitalisierung ermöglicht werden könne. Sie fragt, ob die in der Vorlage erwähnte Ausstattung der Nelson-Mandela-Gesamtschule und des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums mit Eigenmitteln im Haushalt berücksichtigt sei und aus welchen Gründen das Sponsoring am DBG nun doch nicht erfolgen könne. Sie möchte wissen, wie die Formulierung der Erläuterungen zum Nicolaus-Cusanus-Gymnasium zu verstehen sei und ob dort womöglich ein erneuter Nachtragsbeschluss erforderlich werden werde. Sie erkundigt sich ferner nach der Organisation des Supports für die Lehrergeräte.

Frau Henning antwortet, es seien Mittel in den Haushalt eingestellt worden, um die Schulen auszustatten. Die Überlegungen zum Sponsoring mit der Telekom hätten diverse Schwierigkeiten mit sich gebracht: Eine Beauftragung der Telekom wäre nur möglich gewesen, wenn es sich um einen einmaligen wirtschaftlichen Vorgang gehandelt hätte. Die Telekom habe beispielsweise als Gegenleistung am DBG werben wollen, was an einer Schule grundsätzlich problematisch sei. Damit wäre der Vorgang jedoch nicht mehr wirtschaftlich gewesen. Darüber hinaus habe sie den Eindruck gehabt, dass die Telekom – trotz ihrer Versprechungen – nicht an einem Sponsoring interessiert gewesen sei. Deshalb habe die Stadt sich letztlich entschlossen, die Verhandlungen abzubrechen und die Digitalisierung selbst durchzuführen. Die aktiven IT-Komponenten seien zum großen Teil bereits geliefert worden, und die digitalen Tafeln würden in Kürze ausgeschrieben werden. Am NCG gehe es in erster Linie um zusätzliche Netzwerkdosen, die zeitnah installiert würden.

Hinsichtlich des Second-Level-Supports sei geregelt, dass die Stadt zuständig sei, doch seien die Finanzierung sowie der Ersatz beschädigter Geräte und die Ausstattung neuer Lehrkräfte nicht geklärt. Zudem könne von den Lehrkräften nicht der Abschluss einer Haftpflichtversicherung für die Geräte verlangt werden, die dann im Schadensfalle aufkommen müsste.

Herr Niemann zeigt sich verwundert darüber, dass im Rahmen der Anschaffung der Lüftungsgeräte keine Kapazitätsermittlungen vorgenommen worden seien und dass WLAN und AccessPoints hohe Mengen an Strom benötigten. Er fragt ferner nach dem Hersteller der Inventarisierungssoftware.

Frau Meuthen bestätigt, eine generelle Erhebung des Zustands der Schulen sei wünschenswert und befinde sich aktuell in Arbeit – nicht nur bezüglich der elektrischen Anlagen, sondern auch des Gebäudes. Im Rahmen der Beschaffung der Lüftungsgeräte seien nur einzelne Schulen überprüft worden. Für die Digitalisierung sei weitaus mehr Elektrik erforderlich als geschildert: Es würden auch Serverräume, Lüftungsvorrichtungen und weitere Verkabelung benötigt, die die Gebäude und insbesondere die Haustechnik vielfach an und über ihre Kapazitätsgrenze brächten. In einigen Gebäuden dürfe das bestehende System aus technischen und Sicherheitsgründen nicht erweitert und folglich nichts neues eingebaut werden.

Herr Eggert ergänzt, im Rahmender Beschlussfassung über die Lüftungsgeräte sei erstmals darauf hingewiesen worden, dass deren Inbetriebnahme zu Problemen mit den Stromnetzen in den Schulen führen könne. Bei einer nun folgenden Digitalisierung gerieten einige Netze erst recht an und über ihre Kapazitätsgrenzen.

Herr Niemann empfiehlt, für jede Schule zu ermitteln, was in elektrischer Hinsicht möglich sei, um Schäden vorzubeugen und nicht den Versicherungsschutz zu verlieren.

Frau Meuthen antwortet, eben deshalb würden derzeit umfassende Bestandsaufnahmen durchgeführt und Steckbriefe jeder Schule erstellt, um zielgerichtet und sinnvoll mit den einzelnen Schulen umgehen zu können.

Frau Henning ergänzt, die Grundschulen seien bereits diesbezüglich überprüft worden und mittlerweile lägen die Ergebnisse vor. Demnach könnten einige Grundschulen nun mit digitalen Tafeln ausgestattet werden, doch andere leider nicht.

Frau Außendorf dankt für die detaillierte Aufstellung des Sachstands der Digitalisierung, auch wenn sie in weiten Teilen erschreckend ausfalle. Zugleich werde erkennbar, dass die Verwaltung an den Schwierigkeiten arbeite, und sie hoffe, in absehbarer Zeit Fortschritte sehen zu können.

Herr Lambertz berichtet, an der GGS Moitzfeld habe mit viel Engagement eine relativ stabile Internetverbindung erreicht werden können. Er fragt, ob dies bei den künftigen Maßnahmen berücksichtigt werden könne.

Frau Henning sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Herr Ambrosini bedankt sich für die Offenlegung der problematischen Punkte. Er bittet für die nächste Sitzung um einen ungefähren Zeitplan bezüglich der weiteren Bearbeitung.

Frau Meuthen erläutert, detaillierte Steckbriefe der einzelnen Schulen befänden sich derzeit in der Erstellung und würden im Anschluss selbstverständlich vorgelegt. An einigen Grundschulen sei die Situation so kritisch, dass von einer Generalsanierung ausgegangen werde. Die in den letzten Jahrzehnten immer wieder erfolgten kleinen Maßnahmen hätten letztlich dazu geführt, dass sich nun die Probleme kumulierten und die Optionen ausgereizt seien. Im Augenblick könne noch kein realistischer Zeitplan vorgelegt werden.

Herr Eggert ergänzt, auf Basis der Steckbriefe werde – unter Zusammenführung je eigener Priorisierungslisten - eine gemeinsame Priorisierung durch die Fachbereiche 4 und 8 vorgenommen werden, die wiederum die Grundlage des Zeitplans bilden werde. Er bitte um Geduld und Verständnis dafür, dass nicht alle Schulen gleichzeitig oder innerhalb kurzer Zeit bearbeitet werden könnten. Neben finanziellen Mitteln müssten dafür auch eigenes Personal sowie ausführende Unternehmen gefunden werden.

Herr Kraus kritisiert die zeitliche Planung der aktuellen Akteure, die im Rahmen der letzten Kommunalwahl angekündigt hatten, die Schuldigitalisierung voranzutreiben, und nun gescheitert seien. Er zeigt sich verwundert darüber, dass eine Betrachtung der Schulen angekündigt werde, obwohl diese doch bereits im Rahmen der Erstellung des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfepplans (ISEP) vorgenommen worden sei. Die Schul-IT existiere seit rund drei Jahren, und es sei eine flächendeckende Ausstattung mit digitalen Tafeln bis zum Sommer dieses Jahres prospektiert gewesen, die nun nicht erreicht werde. Er bitte um Benennung des neuen Abschluss-Stichtags.

Frau Meuthen erwidert, im ISEP gehe es um den Raumbedarf; eine inhaltliche Betrachtung der Gebäude, insbesondere eine Prüfung der Technik sei dort nicht inkludiert gewesen. Sie wiederholt, sie könne zum jetzigen Zeitpunkt keinen Zeitplan benennen, da bislang nicht alle dafür relevanten Informationen vorlägen.

Herr Eggert bestätigt, zunächst müsse der Zustand der Schulen ermittelt werden, ehe Priorisierungen vorgenommen und Zeitpläne erstellt werden könnten. Über den ganzen Prozess werde transparent berichtet werden, wie bereits in der aktuellen Vorlage geschehen.

Herr Weirich ergänzt, die Schul-IT bestehe seit etwa zwei Jahren und sei mit kompetentem und hochmotiviertem Personal ausgestattet, das die Digitalisierung vorantreiben wolle, jedoch immer

wieder auf unerwartete Schwierigkeiten stoße. Deshalb versuche man derzeit, alle Grundschulen wenigstens rudimentär auszustatten.

Frau Bahr-Müller bittet darum, auch den Schulleitungen gegenüber Transparenz herzustellen und ausreichend zu kommunizieren. Eine Priorisierung der Schulen begrüßt sie, da dadurch immerhin absehbar sei, wann die einzelnen Schulen berücksichtigt würden.

Herr Ebert empfiehlt, bei der Erstellung der Steckbriefe und den anschließenden Maßnahmen die Schulen in allen relevanten Aspekten zu betrachten: neben dem Stromnetz und der Bausubstanz auch die Trink- und Abwassersysteme. Nur so könne vermieden werden, dass an einzelnen Schulen mehrere Maßnahmen in kurzem Zeitabstand durchgeführt werden müssten.

Herr Ambrosini äußert Verständnis dafür, dass ein Zeitplan derzeit nicht vorgelegt werden könne. Er bittet darum, die Priorisierungsliste zeitnah zur Verfügung zu stellen und dabei möglichst auch darzulegen, ob eine Generalsanierung möglich sei oder das Gebäude abgerissen werden müsse.

Frau Wasmuth erklärt, trotz des erschreckenden Inhalt der Vorlage sei sie froh darüber, dass Transparenz geschaffen und endlich die Gebäude detailliert überprüft würden, um zielgerichtet vorgehen zu können. Sie lobt das Vorgehen Frau Meuthens, nicht vorschnell eine Zeitschiene zu benennen, sondern erst die dafür erforderlichen Grundlagen zu ermitteln, eine realistische Planung vorzunehmen und sie dann dem Ausschuss vorzustellen.

Herr Kraus bittet darum, das Thema der Digitalisierung nicht dadurch aus den Augen zu verlieren, dass nunmehr über eine Generalsanierung einzelner Schulen gesprochen werde. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel seien nicht vorhanden, doch die Digitalisierung müsse vorangetrieben und dafür ein Zeitplan erstellt und vorgelegt werden.

Frau Meuthen erwidert, die Themenfelder seien nicht voneinander zu trennen: An manchen Schulen könne die Digitalisierung nicht umgesetzt werden, solange nicht eine Generalsanierung erfolgt sei.

Herr Ebert stellt fest, der Vorlage lasse sich auch entnehmen, dass die Verwaltung trotz dieser Schwierigkeiten bereits an einigen Schulen mit großem Improvisationstalent Digitalisierungsmaßnahmen umgesetzt habe. Er vertraue darauf, dass die Verwaltung die Schulen nun auch zukunftsfähig aufstellen werde.

Herr Eschbach äußert sich verwundert darüber, dass die CDU, die in den letzten Jahrzehnten die Ratsmehrheit gestellt habe, die Schulen lange vernachlässigt und nicht in Schulen investiert habe und nun ein zu langsames Voranschreiten der Digitalisierung kritisiere.

Herr Herrmann führt aus, er sehe keinen Sinn darin, einen Zeitplan zu erhalten, da er diese Informationen nicht verwenden könne. Er begrüße die Darstellung Herrn Eggerts unter TOP Ö4 und möchte auch weiterhin den jeweils aktuellen Sachstand der bereits beschlossenen Maßnahmen erfahren.

Herr Eggert erläutert, zu diesem Zweck sei das digitale Dashboard aufgebaut worden, an dem sich der Fortschritt der Baumaßnahmen ablesen lasse.

Herr Herrmann stellt klar, er habe die Verwaltung keineswegs kritisieren wollen.

Frau Lindberg-Bargsten merkt an, die Verwaltung handle bestmöglich und stelle umfassende Informationen zur Verfügung. Deshalb bittet sie darum, der Verwaltung zu vertrauen.

Frau Opiela erklärt, frühere Versäumnisse dürften niemanden daran hindern zu kritisieren, was derzeit schlecht laufe.

Herr Niemann erinnert an einen politischen Beschluss, nach dem städtische Neubauten mit Photovoltaikanlagen auszustatten seien. Er fragt, ob dies bei der Überprüfung der Stromnetze und den daraus resultierenden Maßnahmen berücksichtigt werde.

Herr Eggert antwortet, es handle sich um einen bindenden Beschluss, der folglich bei Neubauten auch umgesetzt werde.

Herr Ambrosini erläutert, die CDU-Fraktion misstrauere der Verwaltung keineswegs, sondern wolle lediglich informiert werden. Letztlich sei nicht Politik zugunsten der Verwaltung, sondern der Bürgerinnen und Bürger zu betreiben und seien diese durch ihre Vertretungen im Rat und im Ausschuss zu informieren. Dafür müssten den Ausschussmitgliedern ausreichende Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Anmeldezahlen an Grundschulen und weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2023/2024 **0307/2023**

Herr Niemann bittet um eine Erklärung der Abkürzungen in der Tabelle („E1“, „E2“ u.s.w.).

Frau Henning erläutert, „E1“ bezeichne die einzuschulenden Kinder. Bei jahrgangsübergreifendem Unterricht, der an einigen Grundschulen durchgeführt werde, sei die Anzahl der Kinder, die sich im neuen Schuljahr regulär in der Jahrgangsstufe 2 befänden, unter „E2“ aufgeführt. „E3“ beinhalte die Zahl der Kinder, die nicht aus den Eingangsklassen (1.-2. Jahrgang) in die Jahrgangsstufe 3 wechselten. Insgesamt belaufe sich die Zahl der angemeldeten Kinder auf 1.067, im Vergleich zu 1.019 im letztjährigen Anmeldeverfahren.

Herr Weirich kündigt an, in folgenden Jahren werde die Tabelle um eine Erläuterung der Abkürzungen sowie die Summen ergänzt werden.

Herr Niemann fragt, ob Kinder aus Bergisch Gladbach abgelehnt worden seien.

Frau Henning antwortet, es müssten alle Gladbacher Kinder beschult werden. An der EGS Bensberg habe es zwei offizielle Ablehnungen gegeben, gegen die nicht geklagt worden sei. Ansonsten hätten die Schulleitungen die Kinder untereinander verteilt.

Herr Eschbach möchte wissen, ob an den Grundschulen ortsfremde Kinder aufgenommen würden.

Frau Henning erläutert, ortsfremde Kinder dürften nur abgelehnt werden, wenn keine Kapazitäten mehr bestünden. Die KGS In der Auen habe Kölner Kinder aufgenommen, die nahe der Stadtgrenze wohnten. Die Aufnahme von Kindern aus Odenthal komme in Schildgen und Hebborn vor, allerdings eher selten an den Grundschulen.

Frau Lindberg-Bargsten fragt, ob gemeindefremde Kinder an weiterführenden Schulen aufgenommen würden.

Frau Henning erklärt, ergänzend zu ihren obigen Ausführungen sei zu beachten, dass bei weiterführenden Schulen nur diejenigen Kinder abgewiesen werden dürften, deren Heimatgemeinde die entsprechende Schulform anbiete. Am Albertus-Magnus-Gymnasium und am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium seien Kölner Kinder angenommen worden, da die Kapazitäten dies zugelassen hätten. Am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und am Otto-Hahn-Gymnasium seien gemeindefremde Kinder abgelehnt worden, da die Kapazitäten ausgeschöpft seien.

Herr Weirich ergänzt, jedes Kind aus Bergisch Gladbach habe einen Platz an einer Gladbacher Schule erhalten – wenn auch nicht immer an der gewünschten Schule.

Herr Schmitter berichtet, am NCG gebe es immer einzelne Kinder aus Odenthal und Köln. Umgekehrt gingen Kinder aus Hebborn und Schildgen in Odenthal oder Leverkusen zur Schule. Insgesamt hielten sich diese Pendelbewegungen nach seiner Einschätzung die Waage.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Maßnahmebeschluss zur Vergabe des Schülerspezialverkehrs für die Schuljahre 2023/2024 bis 2025/2026
0297/2023

Herr Niemann fragt, ob eine europaweite Ausschreibung verpflichtend sei, obwohl voraussichtlich nur ortsansässige Unternehmen Angebote abgeben würden.

Herr Eggert erläutert, die Ausschreibung müsse auf Grund des Auftragswerts europaweit erfolgen. Die Sinnhaftigkeit sowie die Herkunft der zu erwartenden Angebote spielten in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Frau Meuthen ergänzt, diese Frage sei bei der Wahl der Ausschreibungsform aufgekommen, doch rechtlich zulässig sei nur die europaweite Ausschreibung. Allerdings gingen nach ihrer Erfahrung in aller Regel nur Angebote aus Deutschland, zumeist auch aus der Region ein.

Herr Ambrosini möchte wissen, wer aktuell mit der Durchführung des Schülerspezialverkehrs beauftragt sei.

Herr Weirich kündigt eine Antwort im nicht öffentlichen Teil an.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Beauftragung des Schülerspezialverkehrs mit geschätzten Kosten für drei Jahre in Höhe von ca. 296.000 € wird als Maßnahme beschlossen.

10. Umwandlung der Städtischen Katholischen Grundschule An der Steinbreche in eine Gemeinschaftsgrundschule
0331/2023

Herr Kraus spricht sich grundsätzlich für den Erhalt konfessioneller Grundschulen aus, akzeptiert aber die demokratische Entscheidung zugunsten der Umwandlung in eine Gemeinschaftsgrundschule.

Der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Das Ergebnis des Abstimmungsverfahrens zur Umwandlung der Städtischen Katholischen Grundschule An der Steinbreche in eine Gemeinschaftsgrundschule wird festgestellt und entsprechend dem mehrheitlichen Willen der Erziehungsberechtigten wird die Verwaltung beauftragt, die Umwandlung der Städtischen Katholischen Grundschule An der Steinbreche in eine Gemeinschaftsgrundschule bei der oberen Schulaufsichtsbehörde zu beantragen.

11. Mitteilungen der Schulleitungen

Herr Lambertz erwähnt eine Besprechung der Grundschulleitungen mit dem Bürgermeister am 07.06.2023, in der insbesondere die Kommunikation mit der Verwaltung als optimierungswürdig angesprochen werden sollte.

Herr Bertenrath berichtet, die Integration stelle die Schulen vor einige Herausforderungen, beispielsweise bezüglich der räumlichen und pädagogischen Kapazitäten, und könne schon im Herbst zur Überlastung einzelner Schulen führen. Nach zwei Jahren intensiven Sprachunterrichts erfolge

eine Überprüfung der Schulform, die bei einigen zunächst an Gymnasien beschulten Kindern und Jugendlichen zu einem Wechsel an Realschulen führen und dort entsprechende Kapazitätsprobleme nach sich ziehen könne.

Er lobt die Arbeit der Schul-IT, die nach Auffassung der Schulleitungen einen sehr guten Eindruck mache, wenngleich die Digitalisierung – wie vorhin geschildert – an den einzelnen Schulen mit unterschiedlichem Tempo voranschreite. In diesem Bereich laufe auch die Kommunikation mit dem Fachbereich 8 sehr gut.

Der Umgang mit begrenzten Aufnahmekapazitäten sei an den Schulen recht unterschiedlich gestaltet: Während die Otto-Hahn-Realschule nach dem Losverfahren vorgehe, habe das Otto-Hahn-Gymnasium einen Kreis um die Schule gezogen, außerhalb dessen keine Kinder aufgenommen würden. Dies führe dazu, dass ein bestimmter Bereich in Refrath nicht dem OHG zugeordnet sei, sondern die Kinder beispielsweise auf dem Gymnasium Herkenrath angenommen würden und täglich auf dem Schulweg das OHG passierten. Dies sei den Eltern schwer vermittelbar und sei durch das OHG mittlerweile als problematisch erkannt worden. Er regt deshalb an, über das Thema Schuleinzugsbereich für das OHG zu diskutieren.

Beide Otto-Hahn-Schulen teilten mit, dass die Sanierung noch nicht abgeschlossen sei: Beispielsweise seien die Inklusionsräume für das Gemeinsame Lernen noch nicht vorhanden, und die Schulen wünschten eine bessere Kommunikation seitens des Fachbereichs 8.

Generell sei die räumliche Ausstattung für Gemeinsames Lernen unzureichend. Einzelne Schulen hätten in jeder Klasse jedes Jahrgang 3 Inklusions-Schülerinnen und -Schüler, was neben der räumlichen Situation auch eine Herausforderung für die Lehrkräfte sowie für die Schülerinnen und Schüler darstelle.

Bislang hätten zwei Treffen der Leitungen der weiterführenden Schulen mit den zuständigen Dezernenten stattgefunden, die als positiv wahrgenommen worden seien. Er befürworte eine Fortführung dieses Formats zur Gewinnung von Transparenz und eine gemeinsame Priorisierung anstehender Maßnahmen. Das nächste Treffen sei für den 14. Juni angekündigt worden, doch bislang sei dazu nicht eingeladen worden. Auch die avisierten vorläufigen Steckbriefe der einzelnen Schulen, die bis zum Gespräch durch die Schulleitungen überprüft und ergänzt werden sollten, seien bisher nicht zugesandt worden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

12. Anträge der Fraktionen

Keine.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Steinbrecher fragt, ob die Schulbau GmbH auch kurzfristige Ad-hoc-Aufträge an Schulen übernehmen könne.

Herr Eggert antwortet, die einschlägige Satzung sei durchaus offen für die Übernahme weiterer Tätigkeitsfelder, wie aktuell bereits im Rahmen des Skateparks an der Saaler Mühle. Dafür müsse die Schulbau GmbH dann die erforderlichen Personalressourcen schaffen. Er bittet um eine Konkretisierung, was unter Ad-hoc-Aufträgen zu verstehen sei.

Herr Steinbrecher erwähnt beispielhaft den Ersatz defekter Waschbecken oder verschlissener Bodenbeläge und andere Reparaturarbeiten.

Frau Meuthen führt aus, für gewöhnlich meldeten sich die Hausmeister im Schadensfall bei der Grundstücks- und Gebäudeverwaltung (8-24), die dann das Objektmanagement des Hochbaus (8-

653) informiere, das gewissermaßen als Schnelleingreiftruppe fungiere. Kleinere Maßnahmen erledige das Objektmanagement zeitnah, und für größere Maßnahmen werde mitunter die Schulbau GmbH eingebunden.

Herr Steinbrecher berichtet, an den Otto-Hahn-Schulen sei es jüngst zu vermehrten Fahrraddiebstählen gekommen, und fragt, welche vorbeugenden Maßnahmen seitens der Stadt beabsichtigt seien.

Herr Eggert antwortet, in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung sei dieser Punkt thematisiert und ein Ausbau von zeitgemäßen Fahrradstellplätzen beschlossen worden. Durch die räumliche Nähe zum dortigen Sportplatz mit entsprechendem Blickkontakt hoffe man auf eine vorbeugend wirkende soziale Kontrolle.

Herr Rolko ergänzt, der erste Bauabschnitt der Fahrradabstellplätze solle zeitnah begonnen werden, hänge aber auch davon ab, ob geeignete Firmen gefunden werden könnten.

Herr Kraus berichtet, in der letzten Ratssitzung sei für eine schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zur Grillhütte in Refrath in diesem Ausschuss in Aussicht gestellt worden; deshalb sei er erstaunt gewesen, diesen Punkt nicht auf der Tagesordnung vorzufinden, und bitte nun um eine Mitteilung des Sachstands.

Herr Eggert antwortet, er habe in dieser Woche erst ein einvernehmliches Gespräch mit der Pächterin geführt und vereinbart, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Folglich gebe es derzeit keinen neuen Sachstand, der Gegenstand einer Vorlage werden könne.

Herr Kraus beharrt – wie im Rat zugesagt – auf einer schriftlichen Antwort und kündigt an, er werde im nicht öffentlichen Teil Akteneinsicht beantragen.

Herr Eschbach erkundigt sich nach dem Vorgehen, nachdem mehrere iPads aus Schulen gestohlen worden seien. Er möchte ferner wissen, ob die Sofortschulen als Neubauten anzusehen seien und ob in diesem Falle Photovoltaikanlagen darauf installiert würden.

Herr Eggert erwidert, die Voraussetzungen zur Errichtung von PV-Anlagen würden auf den Sofortschulen geschaffen werden, sie würden jedoch nicht im ersten Bauabschnitt installiert werden, da die Schaffung von Schulraum Vorrang habe.

Herr Rolko bestätigt dies; in technischer und organisatorischer Hinsicht sei alles für die Installation von PV-Anlagen vorgesehen.

Herr Weirich antwortet auf die Frage zu den gestohlenen iPads, diese würden durch Versicherungsleistungen ersetzt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Anfragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Dr. Steinmetzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:57 Uhr.

gez. Dr. Anna Steinmetzer
Vorsitzende

gez. Katrin Klaes
Schriftführung